Im August 2010

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Kreisgruppe Steinfurt
Seniorenvertreter (APS)

Senioren–News

==========

☎ (0 5971) 7744
✉ jo-paschke@t-online.de
j.paschke@dgb-rheine.de

Alle News-Ausgaben sind nachzulesen unter: www.gdp-steinfurt.de/senioren

Höhere Krankenkassenbeiträge zehren Tariferhöhung komplett auf

Düsseldorf. Der von der Bundesregierung geplante Anstieg der Krankenversicherungskosten führt nach Berechnungen der GdP bei vielen Tarifbeschäftigten zu sinkenden Realeinkommen. Die geplante Beitragserhöhung zehrt die diesjährige Gehaltssteigerung komplett auf. Von dem Versprechen mehr Netto vom Brutto ist nichts übrig geblieben“ kritisierte Brigitte Herrschaft, die im Geschäftsführenden Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für die Tarifbeschäftigten zuständig ist. Höchst unsozial sei zudem das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge. „Damit steigt die Bundesregierung endgültig aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung aus. Künftig müssen die Versicherten alleine für die steigenden Kosten im Gesundheitsbereich aufkommen“, kritisierte Herrschaft.

Dieser Systembruch könne auch nicht ansatzweise mit den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und der von der Politik betriebenen „Schonhaltung gegenüber den Arbeitgebern“ begründet werden, so Herrschaft weiter. Die von der Bundesregierung geplante Regelung, dass der „Sozialausgleich“ für die steigenden Krankenversicherungskosten erst 2014 kommen soll, zeige zudem, wie perfide dieses System ist. „Bis der Ausgleich für Geringverdiener 2014 eingeführt wird, haben sich die Beitragszahler längst mit den überhöhten Krankversicherungskosten abgefunden. Neue Beitragsanhebungen lassen sich dann viel geschmeidiger durchsetzen“, fürchtet die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende. Von der neuen nordrhein-westfälischen Landesregierung erwartet Herrschaft, dass sie alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzt, um diesen sozialpolitischen Skandal über den Bundesrat zu stoppen.

In eigener Sache:

In der Juli-Ausgabe der Senioren-News hatte ich nochmals das Thema „Pflegeversicherung „ angesprochen und dabei den Hinweis auf die Beamten-Absicherung gegeben. Das war nicht ganz korrekt, da das nur für gesetzlich versicherte Beamte, die es wohl kaum noch gibt, und andere **gesetzlich Versicherte** zutrifft. Es war auf keinen Fall meine Absicht, Kollegen zu verunsichern, oder gar verängstigen.
Zur Klärung dieser Frage möchte ich hier auf die Ausführungen des Koll. Bernhard Heckenkemper in der letzten BV-Sitzung zitieren und den Auszug *) wörtlich nochmals abdrucken..

Protokollauszug:
„Im Anschluss stand das Thema Pflegeversicherung auf der Tagesordnung. Nach einigen grundsätzlichen Begriffen der Pflegeversicherung kamen dann seine 5 neuentwickelten Rechenblätter zum Einsatz. Mit Hilfe der Rechenblätter konnte für jeden Versicherungsfall (privat- oder pflichtversichert) und nach dem Einkommen dargelegt werden, welche Beträge die Beihilfe und die Pflegeversicherung übernehmen und

welcher Betrag monatlich übrig bleibt. Nach dem Zahlenwirrwarr mussten die Teilnehmer feststellen, dass ihr Gehalt für eine vollstationäre Pflege, ob für eine oder zwei Personen, ausreicht und ihr Erspartes, Immobile oder gar das Gehalt der Kinder nicht in Anspruch genommen werden müssen. Man konnte die Erleichterung den Teilnehmern deutlich ansehen. Viele hatten schon in Gedanken ihr Haus auf dem Immobilienmarkt gesehen.“

*) Das Protokoll hatte ich Euch auch bereits zugesandt

Wer lebt denn hier über seine Verhältnisse?

Liebe Bundesregierung, sehr geehrte Frau Merkel,
wen meinen Sie eigentlich, wenn Sie sagen, wir hätten jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt?
Ich jedenfalls habe das nämlich ganz sicher nicht getan. Ich gebe nur das Geld aus, das ich habe. Ich zahle Steuern, bin gesetzlich krankenversichert und sorge privat für das Alter vor. Ich habe mich durch Ihre Abwrackprämie nicht dazu verlocken lassen, einen überflüssigen Neuwagen zu kaufen, ich bin kein Hotelier und kein Milchbauer. Und "Freibier für alle" habe ich auch noch nie verlangt.
Wer war wirklich maßlos?
Meinen Sie vielleicht die Arbeitslosen und Hartz IV-Bezieher, bei denen jetzt gekürzt werden soll? Meinen Sie die Zeit- und Leiharbeiter, die nicht wissen, wie lange sie ihren Job noch haben? Oder meinen Sie die Normalverdiener, denen immer weniger netto vom brutto übrigbleibt? Haben die etwa alle "über ihre Verhältnisse" gelebt?
Nein, maßlos waren und sind ganz andere: Zum Beispiel die Banken, die erst mit hochriskanten Geschäften Kasse machen, dann Milliarden in den Sand setzen, sich vom Steuerzahler retten lassen und nun einfach weiterzocken als ob nichts gewesen wäre.
Mehr Beispiele gefällig?
Zum Beispiel ein beleidigter Bundespräsident, der es sich leisten kann Knall auf Fall seinen Posten einfach hinzuwerfen - sein Gehalt läuft ja bis zum Lebensende weiter, Dienstwagen, Büro und Sekretärin inklusive.
Zum Beispiel die Politik, die unfassbare Schuldenberge aufhäuft und dann in Sonntagsreden über "Generationengerechtigkeit" schwadroniert. Die von millionenteuren Stadtschlössern träumt und zulässt, dass es in Schulen und Kindergärten reinregnet. Die in guten Zeiten Geld verpulvert und in der Krise dann den Gürtel plötzlich enger schnallen will, aber immer nur bei den anderen und nie bei sich selbst.
Liebe Frau Bundeskanzlerin, nicht die Menschen, sondern der Staat hat dank Ihrer tätigen Mithilfe möglicherweise über seine Verhältnisse gelebt. Ganz sicher aber wird er unter seinen Möglichkeiten regiert.

Mit - verhältnismäßig - freundlichen Grüßen,
Ihr Stephan Ueberbach (SWR, ARD-Hauptstadtstudio)

Hinweis:

Ein anderes immer wiederkehrendes Thema ist auch die Kopfpauschale. Dazu war in der August-Ausgabe der „Deutsche Polizei“ (8/2010) unter der Rubrik „Sozialpolitik ein interessanter Artikel „Gesundheitsreform – Kopfpauschale durch die Hintertür“ zu lesen, auf den ich hier hinweisen möchte. Ich selbst hatte in früheren Ausgaben bereits ausführlich meine persönlichen Gesichtspunkte zur Kopfpauschale dargelegt.

Entschlossen- und Geschlossenheit im Kampf um unsere Rechte als Senioren.

Euer
GdP-Ansprechpartner für Senioren
-Jo. Paschke-